

01**Projekt Stadtmagazin; Erteilung Kredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. Februar 2020 mit folgenden Anträgen:

1. *An die Initialisierung eines Stadtmagazins online und print im Jahr 2020 leistet die Stadt einen einmaligen Beitrag von maximal CHF 50'000 (inklusive Mehrwertsteuer).*
2. *Für die Jahre 2021 und 2022 leistet die Stadt Gossau einen jährlichen Beitrag von maximal CHF 250'000 (inklusive Mehrwertsteuer) an ein Stadtmagazin online und print.*
3. *Für die Jahre 2023 bis 2026 leistet die Stadt Gossau einen jährlichen Beitrag von maximal CHF 275'000 (inklusive Mehrwertsteuer) an ein Stadtmagazin online und print.*

Die Vorberatende Kommission stellt nach ihren Beratungen vom 11. August 2020 die folgenden Anträge:

1. *An die Initialisierung eines Stadtmagazins online und print (online first) im Jahr 2020 leistet die Stadt einen einmaligen Beitrag von maximal CHF 50'000 (inklusive Mehrwertsteuer).*
2. *Für die Jahre 2021 bis 2024 leistet die Stadt Gossau einen jährlichen Beitrag von maximal CHF 250'000 (inklusive Mehrwertsteuer) an ein Stadtmagazin online und print.*
3. *Der Stadtrat wird ermächtigt, mit dem Zuschlagsempfänger einen Vertrag für vier Jahre, aufgeteilt in drei Jahre und Option für ein Jahr (3 + 1), abzuschliessen.*

Diskussion

Markus Bernhardsgrütter (CVP) verliest als Präsident der Vorberatenden Kommission deren Bericht. Die Kommission beantragt Zustimmung zur Vorlage. Die Fragestellung war für die VBK nicht einfach, insbesondere, weil der Stadtrat den Auftrag Stadtmagazin bereits vergeben hatte. Üblicherweise wird zuerst über den Kredit und dann über die Auftragsvergabe entschieden. Obwohl es nicht in der Kompetenz der VBK liegt, hat sich die VBK eingehend über die Ausschreibung und das Vergabeverfahren orientieren lassen. Aus dem Vergabeverfahren ergab sich eine Auftragserteilung an ein auswärtiges Unternehmen. Die VBK konnte keine Unregelmässigkeit in der Vergabe feststellen. Die VBK war sich einig, die vom Stadtrat vorgeschlagene Laufzeit von 6 auf 4 Jahre zu kürzen. Die VBK beantragt dem Parlament einstimmig die Annahme der von ihr gestellten Anträge mit einer Laufzeit von 4 Jahren. Dies bedeutet, dass im 3. Jahr eine Standortbestimmung nötig wird.

Gallus Hälgi (SVP) hat als Mitglied der VBK ein ungutes Gefühl. Der Start der Beratung war kritisch, weil nur wenige Unterlagen vorlagen. Dass ein ausserkantonales Unternehmen das Rennen gemacht hat, hat die Ausgangslage erschwert und Enttäuschung verursacht. Die VBK hat sich mit Fragen beschäftigt, die nicht mehr in ihre Kompetenz fallen. Er kritisiert, dass die Vergabe vor der Krediterteilung erfolgte. Die VBK hat die Ausschreibung kritisch hinterfragt. Nun steht nur noch die Frage offen, Stadtmagazin ja oder nein. Eine Präsentation der Appenzellerzeitung ist vor der VBK erfolgt. Er kann den abgeänderten Anträgen zustimmen. Mit einer Vergabe des Stadtmagazins ist das Thema noch nicht erledigt. Die Bürgerschaft muss besser informiert werden als bisher, die Stadt muss aktiv am Füllen des Stadtmagazins mitarbeiten. Eine Stellenaufstockung darf nicht erfolgen, die Auswirkung der Pensensverschiebung ist abzuwarten. Die Fraktion bleibt den Anträgen gegenüber kritisch und ist für Eintreten.

Ruth Schäfler (FDP) erinnert an die Aufgabe der VBK. Braucht die Stadt ein Stadtmagazin, und ist der Kredit richtig? Der Entscheid über den Zuschlag für das Stadtmagazin ist nicht Aufgabe der VBK. Wenig förderlich ist, dass der Stadtrat bereits vor der Krediterteilung entschieden hat. Andernfalls hätte die Beratung ohne störende Einflüsse von aussen erfolgen können. Das Vergabeprozedere ist korrekt abgelaufen, und der Entscheid des Stadtrates muss akzeptiert werden. Die Bürgerinnen wollen, dass sie für das Geld die beste Gegenleistung erhalten. Die VBK ist einstimmig für ein Stadtmagazin. Sie beantragt Zustimmung zu den Anträgen.

Dave Mathis (FLiG) berichtet aus der Arbeit VBK. Der Ablauf der Vergabe war plausibel und ist transparent erklärt worden. Der Zuschlag war bei Beginn der Vorberatung bereits bekannt, was für die VBK hilfreich war. Er begrüsst das Vorgehen mit der Ausschreibung, so hatte jeder Anbieter die gleiche Chance. Der Entscheid des Stadtrates ist sachlich nachvollziehbar. Es ist wichtig, dass das beste Kosten-Nutzenverhältnis erreicht wird. Das Kommunikationskonzept war zum Beratungszeitpunkt noch nicht abgeschlossen, was auch nicht nötig war für die Diskussion in der VBK. Für die Bevölkerung ist es wichtig, dass die Informationen proaktiv verbreitet werden. In der Kommunikation der Stadt besteht noch grosses Optimierungspotenzial. Der Vorschlag der VBK wird unterstützt. Die Stadt muss sich bereits nach 2 Jahren Gedanken machen, ob neu ausgeschrieben werden soll. Dies gibt allen Beteiligten wieder die Möglichkeit, sich einzubringen. Das mehrspurige Vorgehen des Stadtrates sparte Zeit. Der Antrag der VBK wird von der Fraktion einstimmig unterstützt.

Florian Kobler (SP) unterstützt, dass in der städtischen Kommunikation Verbesserungspotenzial besteht. Aber es ist richtig, dass der Stadtrat den Kreditantrag heute unterbreitet. Die gedruckten Medien stehen unter Druck, doch ist ein Printmedium für die Stadt weiterhin gewünscht gemäss Kommunikationsumfrage. Es macht Sinn, dass der Stadtrat einen Kredit für online und print unterbreitet. Die Präsentation des Appenzeller Volksfreundes hat die VBK überzeugt. Er anerkennt die Pionierarbeit von Cavelti AG für Goinside. Dass der Stadtrat ein Ausschreibungsverfahren gewählt hat, ist nachvollziehbar und richtig. Die VBK hat nach den besten Lösungen gesucht. Die von der VBK beantragte verkürzte Laufzeit macht Sinn. Die Fraktion steht hinter dem Antrag der VBK und beantragt Zustimmung.

Elmar Hardegger (CVP) begrüsst, dass der Antrag nach langer Vorbereitungszeit nun vorliegt. Bis heute ist aber nicht klar, wie das Kommunikationskonzept konkret aussehen wird, was zu bemängeln ist. Es ist seltsam, dass ein Stadtmagazin ausgeschrieben wurde, ohne dass ein Konzept vorliegt. Die Notwendigkeit des Magazins wird nicht bestritten. Die Kosten sind aber erheblich höher als in der Vergangenheit. Fraglich ist, ob der gewählte Umfang nötig ist. Kommen zu den beantragten Kosten noch weitere Kosten hinzu? Diese Unsicherheit ist nicht akzeptabel. Es müssen alle zusammenhängenden Kosten aufgezeigt werden. Bei einem Nein des Parlamentes zum Rahmenkredit müssen diese Kosten aufgestellt werden und eine neue Ausschreibung erfolgen. Bis dahin soll Goinside weiterhin durch die Stadt unterstützt werden. Die CVP Fraktion lehnt den Rahmenkredit mehrheitlich ab.

Adrian Krucker (SVP) vertritt die Minderheit der Fraktion. Die Zeitungen GoZ und A wurden aufgrund mangelndem Erfolg eingestellt. Man weiss nicht, wie sich Goinside entwickeln würde. Vielleicht würde die Situation mit dem neuen Stadtmagazin besser, vielleicht auch nicht. Er beantragt, den Kredit abzulehnen, weil die derzeitige Lösung die wirtschaftlichste und medial alles gedeckt ist. Ein neues Format für diesen Preis ist zu hoch.

Stadtpräsident Wolfgang Giella orientiert, dass wohl ein Kommunikationskonzept besteht, dieses aber in Überarbeitung ist. Den Teil Stadtmagazin hat der Stadtrat vorgezogen. Das neue Kommunikationskonzept wird modularartig aufgebaut. Für dessen Umsetzung werden Ressourcen zu schaffen sein. Die Kommunikationsstelle ist derzeit mit ca. 60 Stellenprozent besetzt. Die Ausschreibung des Stadtmagazins ist wegen der Ausschreibungssumme nötig geworden. Der Vergabeentscheid für das Stadtmagazin musste bekanntgegeben werden, auch wenn die Beratung des Kreditantrages wegen Corona verschoben werden musste. Dies ist unschön. Bei einem Nein zum Kredit würde es nicht bedeuten, dass die Zukunft von Goinside automatisch geregelt ist. Er beantragt, den Anträgen der VBK zuzustimmen. Der Stadtrat zieht seine Anträge zurück.

Abstimmung über die Anträge der Vorberatenden Kommission

Antrag 1

Dem Antrag wird mit 17 Ja zu 12 Nein zugestimmt.

Antrag 2

Dem Antrag wird mit 16 Ja zu 13 Nein zugestimmt.

Antrag 3

Dem Antrag wird mit 16 Ja zu 13 Nein zugestimmt.

Ratsreferendum

Markus Rosenberger (SVP) beantragt für dieses Geschäft das Ratsreferendum im Sinne von Art. 12 Gemeindeordnung. Das Referendumsbegehren kommt zustande, wenn mindestens 10 Mitglieder des Stadtparlamentes dies unmittelbar nach der Beratung beschliessen. Der Antrag wird von 16 Mitgliedern des Parlaments unterstützt. Damit ist das Ratsreferendum zustande gekommen.

02

Erschliessung Sommerau Nord; Kredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 13. August 2020 sowie der Antrag der parlamentarischen Baukommission vom 3. August 2020 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Anteil der Stadt am Strassenbauprojekt wird ein Kredit von CHF 1'824'000 inkl. MwSt erteilt.*
2. *Für das Projekt Entwässerung wird ein Kredit von CHF 1'330'000 exkl. MwSt erteilt.*
3. *Für das Werkleitungsprojekt wird ein Kredit von CHF 2'098'000 exkl. MwSt erteilt.*

Diskussion

Thomas Künzle (SVP) verliest als Präsident der Parlamentarischen Baukommission deren Bericht. Die Kommission beantragt Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Andreas Oberholzer (SVP) sieht im Investitionsvorhaben der Aepli AG ein starkes Zeichen für den Standort Gossau. Er beantragt, den Anträgen zuzustimmen.

Werner Bischofberger (SP) begrüsst die Erschliessung, welche neue Arbeitsplätze schafft. Die Arbeitsplätze sollen so oft als möglich mit dem ÖV oder dem Langsamverkehr erreicht werden. Ein S-Bahnhalt soll auch im Auge behalten bleiben. Auch der Natur ist weiterhin Aufmerksamkeit zu schenken.

Reto Mock (CVP) freut sich, dass Bewegung in die Erschliessung Sommerau Nord kommt. Die Kosten scheinen hoch, sind aber im Verhältnis zur erschliessenden Fläche in Ordnung. Die Fraktion unterstützt die Anträge.

Stefan Harder (FLiG) ist ebenfalls froh über die Erschliessung. Der Betrag ist wohl hoch, verdient aber volle Unterstützung.

Abstimmung

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

03

Motion Itta Loher (SP) «Corona-Gutscheine»; Entscheid über Erheblicherklärung

Itta Loher (SP) hat am 30. Juni 2020 mit 10 Mitunterzeichnenden die Motion «Corona-Gutscheine» eingereicht. Im Motionstext wird vorgeschlagen, im Herbst 2020 mit einem Betrag von CHF 300'000 eine Gutscheinaktion im Sinne der Fachgeschäfte (CHF 30 pro Haushalt) zu realisieren. Die Gutscheinaktion soll in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Fachgeschäfte umgesetzt werden. Mit der Motion wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament in der Septembersitzung 2020

1. Die Gutheissung der Motion zu beantragen.
2. Im Dienste einer raschen Umsetzung des Anliegens auch den nötigen Nachtragskredit von maximal CHF 300'000 zu beantragen.

Der Stadtrat beantragt am 13. August 2020, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Diskussion

Itta Loher (SP) vertritt die Anliegen ihrer Motion und bedankt sich für die Unterstützung ihrer Motion. Sie vermisst einen alternativen Vorschlag des Stadtrates. Die 60 beteiligten Fachgeschäfte könnten mit dem Coronagutschein unterstützt werden. Verschiedene andere Gemeinden haben auch Coronagutscheine geschaffen, also kann das auch Gossau. Die zweite Corona-Welle rollt an. Sie beantragt Erheblicherklärung.

Pascal FÜRER (SVP) verweist auf die historisch einmalige Krise. Viele Unternehmen müssen Kurzarbeit und Einbussen hinnehmen. Mit der vorliegenden Motion würden nur wenige Unternehmen unterstützt, ein grosser Teil hätte keinen Profit. Die Motion ist ungerecht, ein Gutschein von CHF 30 dürfte wenig bewirken. Die Bevölkerung soll in Gossau einkaufen und nicht im Ausland. Die Anträge der Motion sind inhaltlich nicht zulässig nach Art. 57 Geschäftsreglement. Er beantragt Ablehnung der wahltaktischen Motion.

Werner Bischofberger (SP) verwahrt sich, dass die Motion aus wahltaktischen Gründen eingereicht wurde.

Stefan Harder (FLiG) wendet sich gegen die Motion. Lösungen müssen gesetzeskonform sein. Die FLiG teilt die Meinung des Stadtrates, dass die Motion keine Nachhaltigkeit bewirkt. Auch würden nur relativ wenige Geschäfte profitieren. Die Motion soll abgelehnt werden.

Itta Loher (SP) hinterfragt, ob die bisher von der Stadt Gossau getroffenen Massnahmen sinnvoll gewesen sind. Mit der Umsetzung der Motion könnte nun ein positives Signal gesetzt werden. Die Unterstützung der Motion würde Mut zum Umdenken zeigen und viele Einwohner wären dafür dankbar.

Florian Kobler (SP) bestätigt, dass die Idee unkonventionell ist, aber von vielen Gemeinden realisiert worden ist. Es würde allen geholfen, nicht nur den Fachgeschäften, sondern den Konsumenten. Die SP wird sich auch nach den Wahlen für einen attraktiven Einkaufsort Gossau einsetzen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 12 Ja zu 16 Nein bei einer Enthaltung nicht erheblich erklärt.

04

Motion Dave Mathis (FLiG) und Thomas Künzle (SVP) «Bericht Kreditgeschäfte ans Parlament»; Entscheidung über Erheblicherklärung

Dave Mathis (FLiG) und Thomas Künzle (SVP) haben am 30. Juni 2020 mit 26 Mitunterzeichnenden die Motion "Bericht Kreditgeschäfte ans Parlament" eingereicht. Das Geschäftsreglement des Parlaments soll dahingehend ausgestaltet werden, dass der Stadtrat dem Parlament über Kreditgeschäfte berichten muss, über welches eine Kommission beraten hat und die kumulierte Gesamtsumme über CHF 1'000'000 beträgt.

Das Präsidium beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

Dave Mathis (FLiG) vertritt die Anliegen der Motion. Die Umsetzung von wichtigen Geschäften nimmt manchmal Jahre in Anspruch. Es ist wichtig, dass am Schluss eine Abrechnung und ein Kommentar erstellt wird, um die Transparenz zu erhöhen und für künftige Geschäfte aus Erfahrungen zu lernen. Er beantragt Erheblicherklärung.

Abstimmung

Die Motion wird einstimmig erheblich erklärt.

05

Interpellation Erwin Sutter (FLiG) «Lärmschutz entlang der Autobahn A1»; Antwort

Erwin Sutter (FLiG) reichte am 30. Juni 2020 mit 17 Mitunterzeichnenden die Interpellation "Lärmschutz entlang der Autobahn A1" ein. Der Stadtrat hat diese am 13. August 2020 beantwortet.

Erwin Sutter (FLiG) nimmt Stellung zur Antwort des Rates. Er ist zuversichtlich, dass das Vorhaben realisiert werden kann. Er hofft, dass der Stadtrat sich voll hinter das Projekt stellt. Er verzichtet auf eine Diskussion.

06

Interpellation Monika Gähwiler (SP) «Starke Stadt für Sana Fürstenland»; Antwort

Monika Gähwiler (SP) reichte am 30. Juni 2020 mit 14 Mitunterzeichnenden die Interpellation "Starke Stadt für Sana Fürstenland" ein. Der Stadtrat hat diese am 13. August 2020 beantwortet.

Monika Gähwiler (SP) nimmt Stellung zur Antwort des Rates. Das geplante Alterszentrum stockt, was Sorge bereitet. Unwägbarkeiten im Planungsprozess sind wir zum Teil ausgeliefert. Sie dankt dem Stadtrat für die Antworten und verzichtet auf eine Diskussion.

07**Entwicklungsplan Areal St.Gallen West – Gossau Ost; Einsetzung VBK**

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Florian Kobler	SP	Präsident
Andreas Oberholzer	SVP	Mitglied
Ruth Schäfler	FDP	Mitglied
Stefan Harder	FLiG	Mitglied
Florin Scherrer	CVP	Mitglied

Beschluss

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

08**Neue Vorstösse**

- Einfache Anfrage Florian Kobler (SP) "Geh- und Radweg Gossau-Winkeln"
- Interpellation Frank Albrecht (SVP) «Muss es erst Tote geben?» (Fussgängerstreifen Migros)

Die Präsidentin



Silvia Galli Aepli

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. September 2020 genehmigt.